VORWÄRTS KASSEL

Newsletter der SPD-Fraktion Kassel Ausgabe 121 | Feb. 2021

Haushalt 2021

Solide Haushaltspolitik zahlt sich aus

„Kassels Haushalt bleibt auch in der Krisenzeit stabil“, darüber freut sich der SPD-Fraktionsvorsitzende Patrick Hartmann. Der Haushaltsentwurf für das Jahr 2021 weist trotz vorsichtiger Planung einen Überschuss von knapp 1,5 Millionen Euro aus.

Die solide Haushaltslage der Stadt resultiert vor allem aus der vorrauschauenden Politik von Kämmerer und Oberbürgermeister Christian Geselle (SPD). „Wir haben in den letzten Jahren Schulden abgebaut, Rücklagen geschaffen und in die städtische Infrastruktur investiert“, bilanziert Hartmann. All das trägt nun in der Krise Früchte.

„Wir können dank kluger Ideen, wie der GWGpro, weiter in den Neubau von Schulen und Kindergärten investieren“, stellt Hartmann fest. Neben dem Neubau von Schulen und Kindergärten schafft die Stadt auch zukünftig neue Kinderbetreuungsplätze. Seit Christian Geselle für den Bereich Finanzen zuständig ist, hat die Stadt jährlich Geld für 500 neue Betreuungsplätze im Haushalt eingeplant. „Ziel der SPD ist es, diesen Erfolgskurs auch weiter beizubehalten“, verspricht der Fraktionsvorsitzende und Familienvater Hartmann weiter.

Die Stadt hat sich in der Krise als Jobmotor erwiesen. „Noch nie in den letzten Jahren haben so viele Menschen bei der Stadt gearbeitet, wie es aktuell der Fall ist, damit reagieren wir auf die Herausforderungen der Krise“, ergänzt der Sozialdemokrat.

Allerdings sind die Auswirkungen des neuerlichen Lockdowns auch für den Haushalt der Stadt Kassel nicht außer Acht zu lassen. „Auch wenn auf der Einnahmeseite vorsichtig geplant wurde, ist noch nicht klar, was genau auf uns zu kommt“, sagt Hartmann mit Blick auf die Entwicklung der Steuereinnahmen. Gerade die Gewerbe-, Umsatz- und Lohnsteuer sind von der wirtschaftlichen Entwicklung in der Pandemie abhängig.

„Um hier auch lokal schnell und unbürokratisch zu helfen, wurde das Programm Kopf hoch Kassel entwickelt und im Jahr 2021 für Vereine und Institutionen fortgesetzt“, erinnert Hartmann und sagt zum Schluss, „wer finanzielle und wirtschaftliche Sicherheit in der Krisenzeit will, ist bei der SPD gut aufgehoben.“

Themen

1 Haushalt 2021
2 Milieuschutzsatzungen
3 Mietspiegel
4 Klimapolitik
5 Kohleausstieg
6 StaVo-Impressionen
7 Kitaplatzvergabe
7 Schule am Jungfernkopf
8 Hessischer Verfassungsschutz
9 Gremiensitzungen
10 Feuerwache Kasseler Osten

SPD FRAKTION KASSEL

Wohnen

Bezahlbarer Wohnraum und Milieuschutzsatzungen

Dietmar Bürger
stadtteilpolitischer Sprecher

Die SPD-Fraktion Kassel setzt sich entschieden für mehr bezahlbaren Wohnraum in Kassel ein. „Deswegen haben wir mit unserem Antrag in der Dezember-StaVo dafür gesorgt, dass in Kassel eine Sozial-wohnungsquote von 30 Prozent ab dem Bau von sechs Wohneinheiten eingeführt wurde. Darüber hinaus plädieren wir für die Einführung von Milieuschutzsatzungen, die für einen stärkeren Mieter*innenschutz gerade in von Gentrifizierung betroffenen Stadtteilen sorgen sollen“, führte Dietmar Bürger, stadtteilpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion Kassel aus.

Offensichtlich wird dieses Engagement der SPD für bezahlbaren Wohnraum in Kassel vom grünen Stadtbaurat Christoph Nolda aktiv torpediert. Denn er hat als zuständiger Dezernent im Rahmen der Haushaltsklausur des Magistrats, die für ein Vorab- und Grobscreening zur Prüfung potenzieller Milieuschutzgebiete erforderlichen 150.000 Euro aus dem Haushaltsplan 2021 gestrichen.

Nolda missachtet damit bewusst den von der Stadtverordnetenversammlung im August 2020 auf Antrag der SPD erteilten Auftrag, zu untersuchen, in welchen Gebieten Kassels durch Milieuschutzsatzungen die Verdrängungen der Wohnbevölkerung verhindert und die Menschen davor geschützt werden können. „Eine solche Missachtung eines Stadtverordnetenbeschlusses kurz nachdem er getroffen wurde, ist ein beispielloser Affront gegen das Parlament“, so Dietmar Bürger.

Der angebliche Einsatz der Grünen für bezahlbaren Wohnraum erweist sich nach Ansicht der SPD somit erneut als hohle Phrase. „Erst wird Kassel ohne Widerstand der Kasseler Grünen durch den grünen Landesminister Tarek Al Wazir aus der Mietpreisbremse und Kappungsgrenze des Landes geschmissen, dann plädieren der Kasseler grüne Fraktionsvorsitzende Boris Mijatovic und der grüne Stadtbaurat Christoph Nolda für die Einführung eines Mieterhöhungsspiegels in Kassel und letztendlich verschiebt Nolda dann auch noch die von der StaVo geplanten Milieuschutzsatzungen zum Schutz von Bestandsmieter*innen auf den Sankt Nimmerleinstag.

Grüne Wohnungspolitik dient offensichtlich nur den Vermieter*inen und nicht den Mieter*innen. Das ist mit der SPD nicht zu machen. Wir fordern Christoph Nolda auf, sein Handeln sofort zu ändern und den Stadtverordnetenbeschluss zur Prüfung von Milieuschutzsatzungen in 2021 umzusetzen“, führte Dietmar Bürger abschließend aus.

Grafik: pch.vector (via Freepik)

Mietspiegel

Mieterhöhungsspiegel für Kassel verhindern

Die SPD-Fraktion Kassel erteilt den Plänen des grünen Fraktions-vorsitzenden Boris Mijatovic und des grünen Stadtbaurats Christoph Nolda auf Einführung eines Mietspiegels für Kassel eine entschiedene Absage.

Die Grünen sind nach Ansicht der SPD-Fraktion mit ihrer Forderung der Vermieterorganisation Haus und Grund auf den Leim gegangen, die seit Jahren einen Mietspiegel fordert.

„Ein Mietspiegel wird eben nicht wie Mijatovic naiv meint, die Mieten in Kassel begrenzen, sondern auf breiter Front erhöhen und tausende von Kasseler Wohnungen verteuern. Denn einfache und qualifizierte Mietspiegel werden beide allein auf Grund der Neuvermietungsmieten der letzten sechs Jahre gebildet. So lautet die bundesgesetzliche Grundlage“, erklärte Dietmar Bürger, stadtteilpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion dazu.

Das grundlegende Problem bei der Berechnung eines Mietspiegels ist nach Ansicht von Dietmar Bürger, dass keinerlei (langjährige) Bestandsmieten, die in der Regel erheblich niedriger als Mieten bei einer Neuvermietung sind, in die Berechnung eines Mietspiegels einfließen. So steigt aufgrund des statistischen Ausschlusses der langjährig vermieteten Wohnungen, das errechnete Mietniveau deutlich an und bildet bei einem qualifizierten Mietspiegel eine rechtlich relativ sichere Grundlage für gewaltige Mieterhöhungen für Bestandsmieter*innen.

Dietmar Bürger
stadtteilpolitischer Sprecher

„Mit dem Wegfall der Mietpreisbremse bei Neuvermietungen und der Streichung der abgesenkten Kappungsgrenze für Bestandsmieter*innen durch das Land Hessen, wäre die Einführung eines Mietspiegels eine geradezu toxische Mischung für die Kasseler Mieter*innen.

Deswegen lehnt die SPD-Fraktion, die Einführung eines Mietspiegels in Kassel weiterhin energisch ab und fordert die Grünen auf, ihre unsozialen Pläne zur Einführung eines Mietspiegels fallen zu lassen. Dieser wäre nämlich nichts Anderes als ein Mieterhöhungs-spiegel“, erklärte Dietmar Bürger abschließend.

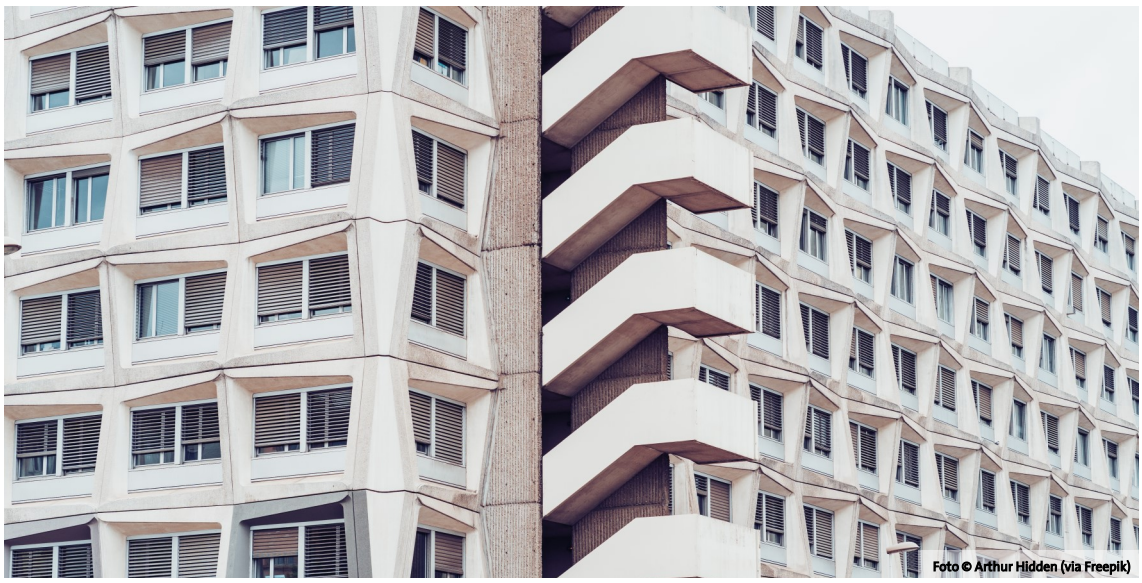


Foto © Arthur Hidden (via Freepik)

Klimapolitik

In guten Händen

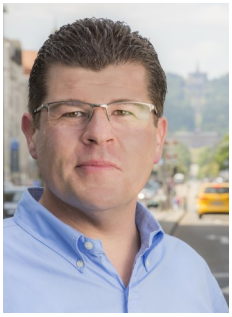
Bild © J.Comp (via Freepik)

Die Klimapolitischen Ziele der Stadt Kassel sind bei der SPD in guten Händen, da sie die Umsetzung mit Vernunft und langfristig angeht. „Es bringt nichts, kurz vor der Kommunalwahl Anträge zu Themen auf den Weg zu bringen, die schon längst von der Stadt und den städtischen Unternehmen bearbeitet oder umgesetzt werden“, sagt Dr. Cornelia Janusch, die umweltpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion.

Dr. Cornelia Janusch
umweltpolitische Sprecherin

Schon jetzt bestellen die Stadt Kassel und die städtischen Unternehmen Fahrzeuge mit alternativen Antriebsarten und die Städtischen Werke arbeiten an einer Optimierung des Fernwärmenetzes. Die SPD nimmt die Vorschläge und die Mitglieder des Klimaschutzrats ernst und setzt sich vor der Beratung in den Ausschüssen mit den Themen auseinander. „Das scheinen nicht alle Fraktionen so zu machen, sonst würden sie nicht Dinge fordern, die bereits im Fluss sind“, kritisiert Dr. Janusch deutlich. Dieses Verhalten ist wohl dem Kommunalwahlkampf geschuldet und hat nichts mit einer langfristigen Strategie zu tun.

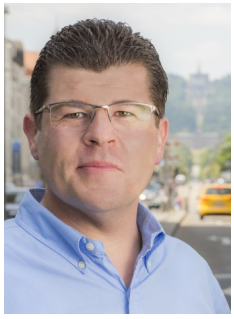
Bei allem Wahlkampfgetöse vergessen gerade die Kasseler Grünen, dass der Klimaschutzrat auf Initiative von Oberbürgermeister Christian Geselle initiiert wurde, um Lösungen zu erarbeiten, wie man zum Beispiel Klimaschutz und Arbeitnehmerschutz vereinen kann. „Das ist sozialdemokratischer Klimaschutz und ohne die Initiative des Oberbürgermeisters gäbe es wohl bis heute noch keinen Klimaschutzrat“, vermutet Janusch. Der Fraktionsvorsitzende der SPD, Patrick Hartmann, ergänzt: „Ich finde es unangemessen, dass sich mit Boris Mijatovic und Christine Hesse zwei Mitglieder der Grünen zu Wort melden, die in der Sitzung des Finanzausschusses überhaupt nicht anwesend waren.“ Zur Wahrheit gehöre auch, dass die Grünen im Bereich des Umweltschutzes wenig Ideen einbringen. „Ob Kohleausstieg, Radfahrprogramm und die Beschaffung von E-Bussen- alles Projekte, die von der SPD und ihren Dezernenten voran-getrieben werden“, sagt Hartmann und hält fest, dass ein verlässlicher Klimaschutz in Kassel rot ist.



Patrick Hartmann
Fraktionsvorsitzender

Kohleausstieg

Spätestens 2025 kohlefrei



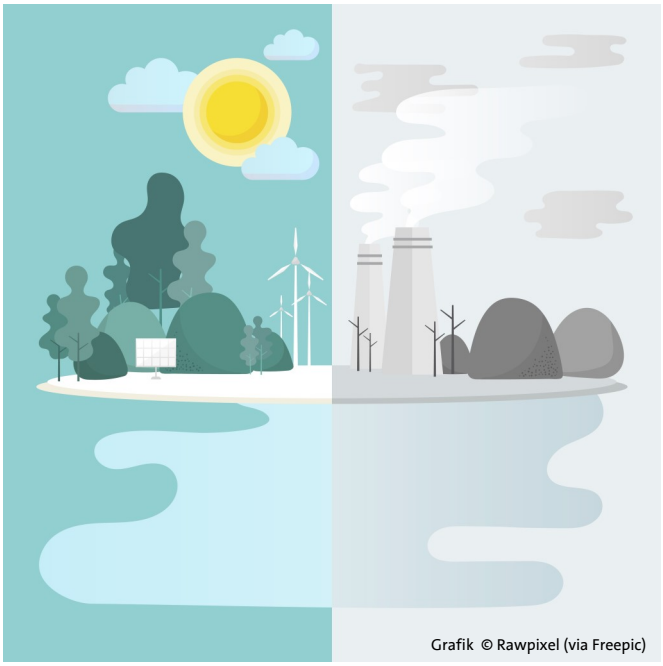
Patrick Hartmann
Fraktionsvorsitzender

„Der Kohleausstieg ist und bleibt beschlossene Sache“, sagt der SPD-Fraktionsvorsitzende Patrick Hartmann. Kassel steigt bis zum Jahr 2025 aus der Kohleverbrennung aus.

Grundlage für den Ausstieg ist der Aufsichtsratsbeschluss aus dem Oktober 2020. Dem voraus gegangen war eine Einigung mit der Initiative Kassel Kohlefrei über den Ausstiegstermin. „Im Oktober feierte die Initiative zu Recht ihren politischen Erfolg und verzichtete aufgrund der erfolgreichen Einigung auf die Einbringung des geplanten Bürgerbegehrens“, erinnert Hartmann.

Ein früherer Ausstiegstermin ist aufgrund vielschichtiger Herausforderungen nicht verbindlich umsetzbar, da Genehmigungen eingeholt, technische Anlage eingerichtet und Betriebsabläufe umgestellt werden müssen. „Ein ordentlicher Übergang von der Kohle zu alternativen Wärmequellen muss gut organisiert sein“, hält Hartmann fest und erinnert an die Verantwortung gegenüber den Arbeitnehmer*innen im Kraftwerk und die Kund*innen der städtischen Werke, die von der Fernwärme abhängig sind. „Man kann sich nicht mittels eines politischen Beschlusses einfach über fachliche Einschätzungen hinwegsetzen“, zumal die StaVo nach dem Gesellschaftsrecht nicht in Unternehmensentscheidungen eingreifen kann.

Die SPD hat von Anfang an die antragstellenden Fraktionen ihre Haltung mitgeteilt und im Vorfeld zahlreiche Gespräche mit allen Beteiligten geführt. „Uns sind die Meinungen der Umweltaktivist*innen genauso viel Wert, wie die der Gewerkschaften“, unterstreicht Hartmann und deswegen hat die SPD in der Stadtverordnetenversammlung dann noch einmal versucht einen Beschluss zu initiieren, der dem Kohleausstieg im Jahr 2025 untermauert. „Dieser Änderungsantrag wurde abgelehnt, damit wird für uns deutlich, dass es den antragstellenden Fraktionen nicht um einen politischen Beschluss ging, der den Erfolg des Kohleausstiegs besiegelt“, stellt der Fraktionsvorsitzende fest. „Hier ging es einzig und allein darum, im Kommunalwahlkampf zu zeigen, dass man den Ausstieg schneller hinbekommt, als er geplant ist. Für so eine Symbolpolitik mit extra eingebauten sprachlichen Hintertürchen sind wir nicht zu haben“, ergänzt Hartmann unds sagt abschließend, dass die SPD für eine verantwortungsbewusste und verlässliche Klimapolitik steht, die sowohl der Umwelt, als auch den Menschen in der Stadt Kassel gerecht wird.



Grafik © Rawpixel (via Freepic)

Stadtverordnetenversammlung 01. Februar 2021

Impressionen aus der StaVo

Darum ging es bei der 46. Sitzung der Kasseler StaVo: Die Themen an diesem Februarmontag waren u.a. der Haushalt 2021, die Ächtung des N*Wortes und die zentrale Vergabe von Kita-Plätzen.

Kitaplatzvergabe

Großer Schritt für mehr Chancengleichheit

Johannes Gerken
Mitglied im Sozialausschuss

„Der gestrige Montag war ein guter Tag für mehr Chancengleichheit und Bildungsgerechtigkeit in unserer Stadt“, freut sich Johannes Gerken von der SPD-Fraktion. Die Sozialdemokrat*innen konnten mit ihrem Antrag zur „Chancengleichheit bei der Kitaplatzvergabe“ darauf hinwirken, dass künftig Kinder aus von Armut betroffenen und gefährdeten Familien einen besseren Zugang zu Betreuungsangeboten erhalten. „Der Schlüssel zur Bekämpfung von Kinderarmut liegt in frühkindlicher Bildung“, so Johannes Gerken, Mitglied im Sozialausschuss.

„Wir wissen, dass in unserer Stadt die Betreuungsquote von Kindern aus Bedarfsgemeinschaft deutlich unter dem hessenweiten Durschnitt liegt“, deshalb will die SPD-Fraktion die bestehenden Benachteiligungen beenden und die Vergabe von Kita-Plätzen vereinfachen, so Gerken. Es kann nicht sein, dass in Kassel nur 20,3% (hessenweit sind es knapp 40%) der 3- bis 6-Jährigen aus Bedarfsgemeinschaften eine Kindertagesstätte besuchen. Bei den unter-3-Jährigen sind es gar nur 5,5% (hessenweit: 13,2%).

Nachdem im Sozialausschuss bei der Abstimmung über den SPD-Antrag für die Anpassung der Vergabekriterien noch ein Pat herrschte, fand sich in der gestrigen letzten Sitzung der Stadtverordneten in dieser Wahlperiode gegen die Stimmen von Grünen und Linken eine Mehrheit. „Der Magistrat ist nun aufgefordert, die Kriterien zur Vergabe der Betreuungsplätze mit dem Ziel neu zu ordnen, die bestehenden Ungerechtigkeiten abzubauen“, führt Gerken weiter aus.

Unbenommen von einer veränderten Vergabepraxis wird die SPD-Fraktion auch weiterhin die Ungerechtigkeit in der frühkindlichen Bildung durch die Schaffung von jährlich 500 neuen Kita-Plätzen abbauen. „Wir stehen dafür, dass in allen Stadtteilen neue Kita-Plätze entstehen, auch das ist ein Zeichen von Bildungsgerechtigkeit“, hält Gerken abschließend fest.

Schule am Jungfernkopf

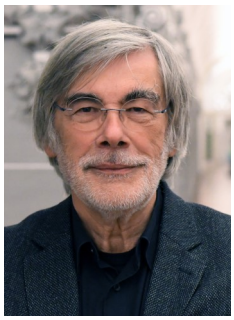
Stadtteil bei der Schulplanung mitnehmen

„Es ist schon ein kleiner Skandal, dass wir nach mehr als zwei Jahren Stillstand nun kurz vor der Kommunalwahl vor vollendete Tatsachen gestellt werden sollen“, sagt Anke Bergmann, bildungspolitische Sprecherin der SPD-Fraktion. Der Ausbau der Grundschule Jungfernkopf, den die SPD selbst seit Langem will, wurde weder in den beiden Fachausschüssen noch Ortsbeirat vorgestellt. Dabei ergeben sich für die SPD-Fraktion deutliche Frage. Warum hat die Planung so lange gedauert und warum wird das Vorhaben um 2,4 Millionen teurer als es im Haushalt 2019 vorgesehen war?

Entscheidend ist aber die Frage, warum es nun vor der Kommunalwahl so schnell gehen soll, ohne die Akteur*innen im Stadtteil mitzunehmen? „Im Sinne einer bürgernahen Politik, legen wir Wert darauf, dass die Interessen der Kinder, Eltern, Lehrenden und Vereine im Stadtteil gehört und in die Planung einbezogen werden“, schließt Bergmann mit dem Versprechen, sich genau dafür stark zu machen.

Hessischer Verfassungsschutz

Erneutes Versagen



Norbert Sprafke
integrationspolitischer Sprecher

„Auch in dem rechtsextremen Terroranschlag auf den Kasseler Regierungspräsidenten Dr. Walter Lübcke ist die hessische Verfassungsschutzbehörde, wie auch im NSU Fall, wieder einmal negativ auffällig geworden“, sagt Norbert Sprafke Mitglied im Rechtsausschuss der Stadtverordnetenversammlung.

So sei Markus H. legaler Waffenbesitzer geworden, aufgrund der Entscheidung des Verwaltungsgerichtes, welches auf der Basis der falschen Unterrichtung durch den hessischen Verfassungsschutz urteilte. Die örtliche Waffenbehörde war somit gezwungen, Markus H. waffenrechtliche Erlaubnisse auszustellen. Inzwischen hat der Verfassungsschutz dieses Versagen eingeräumt und die Kasseler Waffenbehörde hat die waffenrechtlichen Erlaubnisse aufgehoben.

Die Hessische Landesregierung muss deshalb für die Zukunft sicherstellen, dass der hessische Verfassungsschutz alle vorliegenden Informationen zu Nazis, Reichsbürger*inen und anderen Rechtsextremen den unteren Behörden zur Beurteilung der waffenrechtlichen Zuverlässigkeit zur Verfügung stellt, damit der legale Zugang dieser Personenkreise zu Waffen dauerhaft und konsequent verhindert wird. „Das geht aber nur, wenn der Verfassungsschutz sein ignorantes Verhalten gegenüber Rechtsextremen aufgibt“, meint Sprafke.

Bekannt ist, dass der Verfassungsschutz bei der Anfrage des Verwaltungsgerichtes dem Gericht Markus H. als „nicht aktenkundig“ bezeichnete. Der Verfassungsschutz hat seine tatsächlichen Erkenntnisse dem Gericht nicht mitgeteilt.

„Im Gegensatz zum hessischen Verfassungsschutz hat sich die Kasseler Waffenbehörde als zuverlässig erwiesen. Der Verfassungsschutz ist selbst daran schuld, dass weiterhin Zweifel an seiner Zuverlässigkeit im Bereich rechtsextremer Terror bestehen“, sagt Sprafke.

Gremiensitzungen

Verhalten der CDU ist verantwortungslos

Patrick Hartmann
Fraktionsvorsitzender

„Das Verhalten der CDU ist verantwortungs-los“, sagt der SPD-Fraktionsvorsitzende Patrick Hartmann. Für die SPD-Fraktion steht fest, dass die städtischen Gremien auch in der Pandemie handlungsfähig sein müssen.

Um dies zur gewährleisten, trägt die SPD schon seit Langem alle Ansätze mit, um die Sitzungsdauer zu verkürzen. „Die Anfragen in den Ausschüssen und aus der Fragestunde werden schriftlich beantwortet, es findet eine freiwillige Selbstbeschränkung bei den Redebeiträgen statt und wir verzichten darauf Anträge kurzfristig auf die Tagesordnung zu ziehen, das trägt deutlich zu kürzeren Sitzungen bei,“ hält Hartmann fest und macht damit deutlich, dass auch die SPD-Fraktion ein Interesse daran hat, die Sitzungen in der Pandemie so kurz wie möglich zu halten.

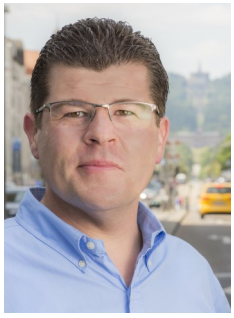
„Auch wenn es sich um ein Ehrenamt handelt, so haben wir eine Verpflichtung gegenüber den Menschen in dieser Stadt“, so Hartmann weiter. Gerade in der aktuellen Krise, müssen die Stadtverordneten ihre Aufgabe, für die sie gewählt wurden, erfüllen. Der Sozialdemokrat verweist auf die vielen tausend Menschen in dieser Stadt, die jeden Tag ihre Pflicht zum Beispiel in Krankenhäusern, Polizeistationen, Arztpraxen, Schulen, der Stadtverwaltung und städtischen Unternehmen sowie dem Einzelhandel erfüllen, damit die Stadt am Laufen gehalten wird.

„Diese Pflichtbewusstsein kann man auch von der CDU erwarten,“ fordert Hartmann. Es reicht nicht an die Vernunft zu appellieren und dann selbst unvernünftig zu handeln. Vernunft bedeutet auch, dass Sitzungen unter Berücksichtigung aller Hygienevorschriften und des geltenden Rechts durchgeführt werden. Die Vorgaben des Landes sehen nämlich weder eine Testpflicht vor oder dass die StaVo durch einen Ausschuss auf unbestimmte Zeit ersetzt werden kann.

„Diesen Eindruck zu erwecken, ist unredlich und schadet dem Ansehen der StaVo“, meint Hartmann und stärkt dem StaVO-Vorsteher Zeidler den Rücken, der an der geplanten Durchführung, unter Beachtung aller geltenden Vorgaben fest hält.

Feuerwache im Kasseler Osten

Wichtige Investition in die Infrastruktur



Patrick Hartmann
Fraktionsvorsitzender

„Wer den Bau einer neuen Feuerwache im Kasseler Osten als Wahlgeschenk bezeichnet, ist verantwortungslos“, das sagt der SPD-Fraktionsvorsitzende Patrick Hartmann zur Kritik der Kasseler Grünen an den Beschlüssen der letzten StaVo.

Für den Bau der Feuerwache gibt es ebenso gute Gründe wie für den Bau der 2. Eis-fläche und der Erweiterungen am Wilhelms- und Friedrichsgymnasium. „Die Argumente sind ausgetauscht, allerdings zeigt die Kritik, dass die Abwicklung über die städtische Projektentwicklungsgesellschaft GWGpro noch immer nicht von allen Stadtverordneten verstanden wird“, ergänzt Hartmann.

Die GWGpro baut die Schulen, die Feuerwache und die Eishalle für die Stadt und die Stadt mietet diese Objekte an, bevor sie in das Eigentum der Stadt übergehen. „So können auch in wirtschaftlich schwierigen Zeiten, Investitionen vorgenommen werden“, freut sich der SPD-Fraktionsvorsitzende. Die Vorgehensweise, wie die GWGpro die Projekte umsetzt, wurde in der StaVo beschlossen. „Anscheinend wird in der Diskussion bewusst vergessen, dass es sowohl eine Reihenfolge gibt, welche Schule zuerst saniert wird, und dass die StaVo sich immer wieder mit den Projekten befassen und die nächsten Schritte beschließen muss“, ergänzt Hartmann und verweist darauf, dass dies zu einem transparenten Verfahren führt.

Rechtzeitig in den Erhalt und die Schaffung neuer Infrastruktur zu investieren, ist nach Auffassung der SPD-Fraktion, weitsichtig und ein Ausdruck der Generationengerechtigkeit: „Wir wollen, dass unsere Kinder in einer lebenswerten und sicheren Stadt aufwachsen und keine baufälligen Gebäude hinterlassen bekommen“, sagt Hartmann abschließend zur Motivation der SPD.

SPD-Fraktion Kassel

Zimmer W 222
Rathaus
34112 Kassel

Tel. 0561 - 787- 1284
Fax: 0561 - 787–2209

E-Mail:
buero@spd-fraktion-kassel.de
Web:
www.spd-fraktion-kassel.de

Geschäftsführer:
Patrick Hartmann

Fraktionsvorsitzender und
V.i.S.d.P.:
Patrick Hartmann

@spd_fraktion_kassel
@spd.fraktion.kassel
@spdfraktionks

Grafik © pch.vector (via freepik)